

Unternehmensnachfolge

Gestaltung nach Zivil- und Steuerrecht

Herausgegeben von

Dr. Sebastian Spiegelberger

Notar in Rosenheim a. D.

Bearbeitet von

Hermann Brandenburg, Leitender Ministerialrat a. D.; *Ernst Burgmair*, Rechtsanwalt in Dachau; *Dr. Hans-Peter Christl*, Rechtsanwalt/Steuerberater in Rosenheim; *Dr. Christoph Döbereiner*, Notar in München; *Dr. Ottmar Fleischer*, Notar in Fürth; *Raymond Halaczinsky* Ministerialrat a. D.; *Prof. Dr. Heribert Heckschen*, Notar in Dresden; *Dr. Achim Herfs*, Rechtsanwalt in München; *Prof. Dr. Christopher Keim*, Notar in Ingelheim am Rhein; *Dr. Julian Klinger*, Rechtsanwalt in München; *Prof. Dr. Thomas Küffner*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Martin Leiß*, Notar in Rosenheim; *Andreas Nünke*, Amtmann i. N. in Rosenheim; *Dr. Rudolf Pauli*, Rechtsanwalt in München; *Prof. Dr. Wolfgang Reimann*, Notar a. D.; *Dr. Ulrich Schmitz*, Notar in Zweibrücken; *Dr. Sebastian Spiegelberger*, Notar a. D.; *Dr. Daniel Volk*, Rechtsanwalt in Dachau; *Dr. Thomas Wachter*, Notar in München; *Dr. Eckhard Wälzholz*, Notar in Füssen; *Lucas Wartenburger*, Notar in Rosenheim; *Matthias Weidmann*, Rechtsanwalt/Steuerberater in München; *Dr. Johanna Wernthaler*, Notarassessorin in Karlsruhe; *Adrian Wiedenmann*, Rechtsanwalt in Dachau

3. Auflage



Zitiervorschlag: Spiegelberger Unternehmensnachfolge/*Bearbeiter* § ... Rn. ...

beck.de

ISBN 978 3 406 75373 2

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

(Adresse wie Verlag)

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH,

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Umschlaggestaltung: Martina Busch,

Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

„Guter Rat ist teuer,
schlechter Rat kann teuer zu stehen kommen.“
Gerhard Uhlenbruck

Vorwort zur 3. Auflage

Professor Dr. Wolfgang Reimann und der Herausgeber dieses Werkes haben bereits 1986 das RWS-Skript 163 „Aktuelle Rechtsfragen der Unternehmensnachfolge“ im Verlag Kommunikationsforum Köln veröffentlicht. In der Folgezeit hat Professor Dr. Reimann mehrere erbrechtliche Werke publiziert, während der Herausgeber dieses Werkes im Jahr 1994 die vorweggenommene Erbfolge, die Erbauseinandersetzung und das Unternehmertestament im Rahmen des Titels „Spiegelberger, Vermögensnachfolge“ behandelt hat. Die Rechtsgrundlagen der Unternehmensnachfolge haben sich mit der Zeit durch Gesetzesänderungen, umfangreiche Erlasse der Finanzverwaltung und insbesondere durch zahlreiche höchstrichterliche Entscheidungen derart ausgeweitet, dass der Titel in seiner 2. Auflage auf zwei Bände aufgeteilt wurde. 2009 wurden die zahlreichen betrieblichen Übertragungsvarianten unter dem Titel „Spiegelberger, Unternehmensnachfolge“ behandelt, während der Übergang des steuerlichen Privatvermögens dem Band „Spiegelberger, Vermögensnachfolge“ vorbehalten blieb.

In Abkehr von der früheren Maxime: „Man zieht sich erst aus, wenn man sich hinlegt!“ bevorzugt es die heutige Elterngeneration zunehmend, mit ihren Kindern Regelungen über die Vermögensverteilung und Unternehmensnachfolge bereits zu Lebzeiten zu treffen, nicht zuletzt, um der ständigen Verkomplizierung vorzugreifen und die dramatisch gestiegenen Steuerbelastungen zu verhindern.

Das vorliegende Werk konnte der Herausgeber nicht mehr allein schultern. In 3. Auflage erschien der Band *Vermögensnachfolge* im Jahr 2020 unter der Mitwirkung von zahlreichen in der Vertragspraxis erfahrenen und renommierten Autoren. Bei dem vorliegenden Band *Unternehmensnachfolge* wurde der Autorenkreis nochmals um erfahrene Spezialisten erweitert.

Das bewährte Konzept, nicht nur die systematischen Zusammenhänge, sondern auch die jeweiligen Unternehmenstypen in der jeweiligen Rechtsform mit ihrer gesellschaftsrechtlichen und steuerlichen Verzahnung in einer „Crossover-Kommentierung“ darzustellen, wurde beibehalten. Der beigelegte Download-Code erlaubt die rasche Übernahme der jeweiligen Gestaltungsvorschläge.

Für Hinweise und Anregungen sind alle Autoren stets dankbar.

Rosenheim, im Juni 2022

Sebastian Spiegelberger

*Das letzte Wort spricht immer
der konkrete Fall.
Er ist der größte, wenn auch
nicht der einzige Lehrmeister.
Leo Raape JW 1926, 799*

Vorwort zur 1. Auflage

Während das BGB für die Rechtsfolgen des Erbfalls über 460 Paragraphen bereithält, fehlt für die vorweggenommene Erbfolge eine zusammenhängende gesetzliche Regelung. Dennoch erfolgt der Vermögensübergang meist nicht durch den Erbfall, sondern aufgrund vorsorgender Planung durch vertragliche Vereinbarung im Wege der vorweggenommenen Erbfolge, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten, ein Höchstmaß an individueller Regelung zu ermöglichen und die Steuerbelastung des Nachfolgers zu minimieren.

Eine ausgewogene Gestaltung wird im allgemeinen nur erreicht, wenn sowohl das Zivil- als auch das Steuerrecht in der gegenseitigen engen Verzahnung Berücksichtigung finden. Ein besonderes Anliegen dieses Werkes ist es daher, auf die Interdependenz von Zivil- und Steuerrecht hinzuweisen. Mit den dargelegten Gestaltungsmöglichkeiten, die aus dem notariellen Alltag hervorgegangen sind, werden kautelarjuristisch erprobte Regelungen aufgezeigt. Die Darstellung orientiert sich an der Praxisrelevanz. Mein Bestreben war es, dem Leser außer der Problemdarstellung auch einen Formulierungsvorschlag anzubieten. Von dem Notar, Rechtsanwalt, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer wird nicht nur die Beherrschung der Vertragstechnik, sondern vielmehr eine Gestaltungsberatung erwartet. Somit müssen die spezifischen zivil- und steuerrechtlichen Vorteile und Risiken, die Auswahlkriterien und die typische Interessenlage für die jeweilige Fallgestaltung analysiert werden.

Das vorliegende Werk ist eine zusammenfassende Darstellung der vorweggenommenen Erbfolge und Erbauseinandersetzung unter Berücksichtigung der BMF-Schreiben vom 11.1.1993 (BStBl. 1993 I S. 62 und S. 80). Vertraute Vertragsmuster sind steuerschädlich geworden, neue Gestaltungsprinzipien treten in den Vordergrund. Die BMF-Schreiben wurden kommentiert, die eingetretenen Verschärfungen kritisch untersucht und, soweit durch Rechtsprechung und Literatur nicht gesichert, in Frage gestellt. Die Rechtsentwicklung ist keinesfalls abgeschlossen.

Für Hinweise und Anregungen bin ich allen Benutzern dieses Buches stets dankbar.

Rosenheim, im Januar 1994

Sebastian Spiegelberger

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Literaturverzeichnis	XLVII

Erster Teil. Unternehmenssicherung

§ 1 Strategie der Unternehmensnachfolge (<i>Spiegelberger/Reimann</i>)	1
§ 2 Unternehmertestament (<i>Spiegelberger</i>)	55
§ 3 Ehevertrag (<i>Wartenburger</i>)	131
§ 4 Betriebliche postmortale Vorsorgevollmacht (<i>Keim</i>)	170

Zweiter Teil. Steuerrecht

§ 5 Ertragsteuern (<i>Brandenberg</i>)	193
§ 6 Umsatzsteuer (<i>Küffner/Wernthaler</i>)	208
§ 7 Erbschaft- und Schenkungsteuer (<i>Wachter</i>)	220
§ 8 Grunderwerbsteuer (<i>Wälzholz</i>)	282
§ 9 Grundbesitzbewertung im Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht (<i>Halaczinsky</i>)	287
§ 10 Die erbschaft-/schenkungsteuerliche Unternehmens- und Anteils- bewertung (<i>Halaczinsky</i>)	321

Dritter Teil. Betriebsübertragung

§ 11 Hofübergabe (<i>Leiß</i>)	343
§ 12 Gewerbebetrieb (<i>Weidmann</i>)	384

Vierter Teil. Freie Berufe

§ 13 Freiberufliche Praxis und PartG (<i>Wiedenmann/Volk</i>)	433
---	-----

Fünfter Teil. Familienpersonengesellschaft

§ 14 Grundlagen der Vertragsgestaltung (<i>Pauli</i>)	483
§ 15 Stille Gesellschaft und Unterbeteiligung (<i>Heckschen</i>)	540
§ 16 Gesellschaft bürgerlichen Rechts und Offene Handelsgesellschaft (<i>Schmitz</i>)	573
§ 17 Kommanditgesellschaft (<i>Christl</i>)	641

Sechster Teil. Familienkapitalgesellschaft

§ 18 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (<i>Fleischer</i>)	673
§ 19 Unternehmensnachfolge AG und KGaA (<i>Herfs</i>)	752

Inhaltsübersicht

Siebter Teil. Doppelgesellschaft

§ 20 Der Siegeszug der (Einheits-)GmbH und Co. KG (<i>Spiegelberger</i>)	793
§ 21 Betriebsaufspaltung (<i>Wälzholz</i>)	853

Achter Teil. Umwandlung

§ 22 Umwandlung und Umstrukturierung (<i>Klinger</i>)	873
---	-----

Neunter Teil. Stiftung

§ 23 Stiftungsreform (<i>Pauli</i>)	907
§ 24 Stiftungen als Instrument der Vermögens- und Unternehmensnachfolge (<i>Spiegelberger</i>)	915

Zehnter Teil. Ausländisches Vermögen

§ 25 Die Europäische Erbrechtsverordnung (EuErbVO) (<i>Döbereiner</i>)	987
§ 26 Die Europäischen Güterrechtsverordnungen (EuGüVO und EuPartVO) (<i>Döbereiner</i>)	1016

Elfter Teil. Kostenrecht

§ 27 Notar-, Registergerichts- und Grundbuchamtsgebühren (<i>Nünke</i>) ..	1053
§ 28 Vergütungsmodelle für Rechtsanwälte bei der Beratung zur Unternehmensnachfolge (<i>Burgmair</i>)	1105
Sachverzeichnis	1111

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Literaturverzeichnis	XLVII

Erster Teil. Unternehmenssicherung

§ 1 Strategie der Unternehmensnachfolge

A. Nachlassplanung des Unternehmers	5
I. Nachlassplanung als Teil der Unternehmensnachfolgeregelung	5
1. Ausgangslage	5
2. Die Notwendigkeit von estate planning bei Unternehmern	5
3. Der strategische Charakter der Nachlassplanung	6
II. Übergeben, Vererben oder gleitende Unternehmensnachfolge?	7
1. Die Optionen der Unternehmensnachfolge	7
2. Entscheidungskriterien	7
3. Die Realisierung der gleitenden Nachfolge	8
4. Risiken der gleitenden Nachfolge	8
III. Der Erbfall als Ernstfall	9
IV. Steuerliche Nachlassplanung	10
V. Internationale Nachlassplanung	11
VI. Die Strukturierung des Unternehmens vor der Überleitung	12
1. Grundsatz	12
2. Abgrenzung von Privatvermögen und Betriebsvermögen	12
3. Gesellschaftsvertragliche Strukturierungsmaßnahmen zur Vorbe-	
reitung der Vermögensübertragung	13
4. Die Einplanung von Auslandsvermögen	15
VII. Vorbereitende und begleitende Maßnahmen	15
1. Güterstandsregelungen	15
2. Erbrechtliche Absicherung der Unternehmensnachfolge	16
3. Vollmachten	18
VIII. Resümee	19
B. Nachfolgeberatung	20
I. Unternehmensnachfolge	20
II. Bedeutung mittelständischer Unternehmen	21
III. Große Familienunternehmen	22
IV. Beratungsbedarf	23
1. Anzahl der zur Übergabe anstehenden Unternehmen in	
Deutschland im Zeitraum 2018–2022	23
2. Zur Übergabe anstehende Unternehmen nach Bundesländern	
2018–2022	24
V. Gewählte Nachfolgelösungen	24
VI. Familiäre Nachfolger	25
1. Auswahlkriterien	25
2. Umsatzbezogenes Nachfolgerinteresse	26
3. Sinkende Nachfolgequote bei Familienunternehmen	27

Inhaltsverzeichnis

4. Scheitern der Unternehmensnachfolge	27
5. Typusbegriff: Vorweggenommene Erbfolge	28
C. Regelungsziele	28
I. Unternehmenskontinuität	29
1. Nachfolger aus der Familie	29
2. Familiengesellschaften	31
3. Familienstiftung	32
II. Wirtschaftliche Absicherung	32
1. Maßnahmen zur Vorbereitung des Generationswechsels	32
2. Haftungsfreistellung	33
3. Private Versorgungsleistungen	33
4. Betriebsunabhängige Altersversorgung	34
5. Rückfallklausel	34
6. Unterlassungsverpflichtung	35
III. Familienfrieden	35
1. Pflichtteilsverzicht	35
2. Gerichtliche Inhaltskontrolle?	36
3. Pflichtteilsminderung durch Vorwegerbfolge	37
4. Pflichtteils Kürzung	37
5. Nachabfindung bei Veräußerung	38
IV. Minimierung der Steuerbelastung	39
1. Vermeidung von Einkommensteuer: Sicherung der Buchwert- fortführung	40
2. Erbschaft- und Schenkungsteuer	42
3. Grunderwerbsteuer	42
4. Umsatzsteuer	44
V. Aufschiebende Schenkung?	45
1. Nachteile der aufgeschobenen Unternehmensnachfolge	45
2. Alternativer Gestaltungsvorschlag	46
VI. Familienexterne Gestaltung	46
1. Management Buy-Out	46
2. Management Buy-In	48
3. Leveraged Buy-Out	49
4. Sonstige Übernahmeinteressenten	49
5. Firmenübernahmen durch Finanzinvestoren	49
VII. Frühzeitige Beratung	50
VIII. Erwerbsnebenkosten und Steuerberatungs- sowie Rechtsberatungs- kosten	50
1. Abzugsfähige Nachlasskosten	51
2. Schenkung unter Lebenden	51
3. Praxishinweis	51
IX. Übertragung einer Photovoltaikanlage	52

§ 2 Unternehmertestament

A. Überblick	59
I. Erbrecht nach BGB	59
1. Vorsorgeregulierung	59
2. Gesetzliches Erbrecht	60
3. Ehegattenerbrecht	60
II. Testamentarische Erbfolge	61
III. Fehlendes Unternehmertestament	61
1. Betriebsfortführung bei einer Erbengemeinschaft	61

Inhaltsverzeichnis

2. Einkommensteuer bei der Erbauseinandersetzung	63
3. Ergebnis: Kein Unternehmen ohne Unternehmertestament	64
B. Unternehmensrechtliche Nachfolgeproblematik	64
I. Überblick	64
II. Einzelunternehmen	65
III. Freiberufliche Praxis	65
IV. Kapitalgesellschaftsanteil	66
V. Personengesellschaftsanteil	66
1. Gesellschaftrechtliche Nachfolge	67
2. Erbrechtliche Nachfolge	67
3. Missglückte Regelungen	73
4. Pflichtteilsberechnung	73
5. Latente Einkommensteuer	74
6. Doppelbelastung mit Einkommen- und Erbschaftsteuer?	75
7. Pflichtteilsergänzung	75
8. Folgen der Alleinerbeinsetzung	76
9. Ergebnis	76
VI. Gestaltungsrisiken	76
1. Idealfall: Alleinerbeinsetzung des Unternehmensnachfolgers	77
2. Vor- und Nacherbfolge	77
3. Keine Bindungswirkung durch gemeinschaftliche Testamente und Erbverträge	78
4. Nachfolgerbestellung durch Dritte	79
5. Vermächtnis und Vorausvermächtnis	79
6. Teilungsanordnung	80
7. Fehlende Erfassung von Betriebsvermögen	81
8. Fehlende Koordination mit dem Gesellschaftsvertrag	83
9. Beendigung der personellen Verflechtung einer Betriebsauf- spaltung	83
10. Auflage	84
C. Typenbildung	84
I. Lediger Jungunternehmer mit unehelichem Kind	85
1. Interessenlage	86
2. Vorsorgliche Nachlassgestaltung	86
3. Widerrufsklauseln	87
II. Kinderloser verheirateter Unternehmer	87
1. Interessenlage	87
2. Gemeinschaftliches Testament	87
3. Formulierungsvorschlag Gemeinschaftliches Testament	88
4. Anmerkungen	88
III. Junger Handwerksmeister und mitarbeitende Ehefrau	89
1. Interessenlage	89
2. Gestaltungsvorschlag	90
3. Formulierungsvorschlag Testamentsentwurf	90
4. Anmerkungen	90
IV. Landwirte	92
1. Interessenlage	92
2. Rechtliche Regelung	93
3. Formulierungsvorschlag Übergabeverpflichtung	93
4. Formulierungsvorschlag Erbvertragsvermächtnis	94
V. Freiberufliche Nachfolge	95
1. Interessenlage	95
2. Gestaltungsvorschlag WP- und StB-GmbH mit Eintrittsrecht	97

Inhaltsverzeichnis

VI. Älterer verheirateter Unternehmer mit Kindern aus dieser Ehe:	
Berliner Testament	97
1. Interessenlage	98
2. Gesetzliche Regelung	98
3. Erbvertrag statt gemeinschaftlichem Testament	99
4. Steuerliche Beurteilung	99
5. Gestaltungsvorschlag Erbvertrag	100
6. Anmerkungen	102
VII. Geschiedener Unternehmer bei Wiederverheiratung	104
1. Interessenlage	104
2. Gesetzliche Regelung	105
3. Formulierungsvorschlag Erbvertrag	105
4. Anmerkungen	107
VIII. Verwitweter Einzelunternehmer	108
1. Interessenlage	108
2. Gesetzliche Regelung	109
3. Formulierungsvorschlag Testament	109
4. Anmerkungen	110
IX. Nichteheliche Lebensgemeinschaft	110
1. Interessenlage	111
2. Gesetzliche Regelung	111
3. Formulierungsvorschlag Testament	111
4. Anmerkungen	112
X. Eingetragene Lebenspartnerschaften	113
XI. Generationensprung	114
1. Interessenlage	114
2. Nachlass-Gestaltung	114
3. Formulierungsvorschlag Testament	115
4. Anmerkung	116
D. Zehn Regeln zum Unternehmertestament	116
E. Nach dem Erbfall	117
I. Erbvergleich	117
1. Streitschlichtung	117
2. Notarielle Beurkundung	117
3. Verfahrensstrategie	118
4. Steuerrechtliche Beurteilung	118
5. Formulierungsvorschlag für einen weiteren Erbvergleich	119
6. Weiterer Erbvergleich	124
II. Testamentsvollstreckung	125
1. Gründe für die Anordnung der Testamentsvollstreckung	126
2. Schranken der Testamentsvollstreckung	126
3. Beaufsichtigende Testamentsvollstreckung	127
4. Einzelunternehmen	127
5. Personengesellschaften	128
6. Kapitalgesellschaften	128
7. Auswahl des Testamentsvollstreckers	129
8. Testamentsvollstreckervergütung	129

§ 3 Ehevertrag

A. Ehevertragsfreiheit und Inhaltskontrolle	133
I. Grundlagen	134
II. Wirksamkeitskontrolle	134

Inhaltsverzeichnis

III. Ausübungskontrolle	135
IV. Kritik	136
V. Verbleibende Vertragsfreiheit	137
1. Güterstandswahlrecht	137
2. Nachehelicher Unterhalt	138
3. Versorgungsausgleich	139
4. Erb- und Pflichtteilsverzicht	139
5. Salvatorische Klausel	140
6. Isolierte Beurkundung	140
VI. Anwendbares Recht	141
B. Güterstände	143
I. Gütertrennung	143
1. Rechtsfolgen	143
2. Ausgleichsansprüche	144
II. Zugewinnsgemeinschaft	145
1. Gesetzliche Regelung	145
2. Rechnerischer Zugewinnausgleich	147
3. Der Zugewinn im Erbschaftsteuerrecht	148
III. Modifizierte Zugewinnsgemeinschaft	154
1. Ausschluss des Zugewinns bei Scheidung	154
2. Ausschluss des Betriebsvermögens aus dem Zugewinnausgleich ...	155
3. Manipulationspotenzial?	156
IV. Gütergemeinschaft	157
1. Mitunternehmerschaft	157
2. Pflichtteilsauswirkung	157
C. Ehevertrag und Nachfolgeregelung	158
I. Vorsorgeplanung	158
1. Notfallplanung	158
2. Ehegatte als Vermögensempfänger	159
II. Liquiditätsrisiko	159
III. Gesellschaftsvertragliche Beschränkungen	160
IV. Zusammenfassendes Muster	161
1. Ausgangssituation	161
2. Vertragsmuster	161
3. Anmerkungen	165

§ 4 Betriebliche postmortale Vorsorgevollmacht

A. Notwendigkeit einer Vollmacht für Krankheit und Tod des Unternehmers	172
I. Vorsorge bei schwerer Erkrankung	172
II. Der (plötzliche) Tod des Unternehmers	172
B. Vorsorgefall bei schwerer Erkrankung des Unternehmers	173
I. Inhaltlicher Regelungsbedarf	173
1. Grundsatz: „normale“ Vorsorgevollmacht	173
2. Besonderheiten gegenüber der herkömmlichen Vorsorgevollmacht	173
3. Innenverhältnis: Handlungsanweisungen an den Bevollmächtigten	174
II. Person des Bevollmächtigten	176
III. Bevollmächtigung im Außenverhältnis	176
1. Generalvollmacht	176
2. Prokura	176
3. Stimmrechtsvollmacht	177
4. Bestellung zum Organ der Gesellschaft	177

Inhaltsverzeichnis

IV. Missbrauchsgefahr und ihre Reduzierung	178
1. Befreiung vom Selbstkontrahierungsverbot	178
2. Erlaubnis von Schenkungen	178
3. Rechenschaftspflicht des Beauftragten gem. § 666 BGB	178
4. Gestattung von Untervollmachten	179
C. Die Vollmacht über den Tod hinaus	179
I. Die Funktion der Vollmacht über den Tod hinaus	179
1. Zeitraum bis zur Klärung der Erbfolge	179
2. Zeitraum bis zur Annahme oder Ausschlagung	180
II. Erteilung der Vollmacht	180
1. Keine Erteilung im Testament	180
2. Form der Vollmacht	180
III. Umfang und Grenzen der Vollmacht/ Verhältnis zur Testamentsvoll- streckung	181
1. Vertretung des Erben	181
2. Grenzen der Befugnisse des Bevollmächtigten	182
3. Das Verhältnis von postmortaler Vollmacht und Testamentsvoll- streckung	183
IV. Widerruflichkeit der Vollmacht und Stärkung der Stellung des Be- vollmächtigten	186
V. Postume steuerlich wirksame Zurechnung von Handlungen	187
1. Investitionsklausel gem. § 13 Abs. 5 ErbStG	187
2. Rasche Veräußerung	188
VI. Allgemeine Handlungsempfehlungen zur Vollmacht über den Tod hinaus	188
D. Über den Tod hinaus geltende Vorsorgevollmacht des Unter- nehmers	189

Zweiter Teil. Steuerrecht

§ 5 Ertragsteuern

A. Sicherung der Buchwertfortführung	194
I. Unentgeltliche Übertragung von Betrieben, Teilbetrieben und Mit- unternehmeranteilen gem. § 6 Abs. 3 EStG	194
1. Persönlicher Anwendungsbereich des § 6 Abs. 3 EStG	194
2. Unentgeltlichkeit	195
3. Übertragung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmer- anteils gem. § 6 Abs. 3 Satz 1 Hs. 1 EStG	196
4. Schenkungsteuerfälle: Zeitgleiche Übertragung wesentlicher Be- triebsgrundlagen	199
5. Übertragung eines Teils eines Mitunternehmeranteils gem. § 6 Abs. 3 Satz 1 Hs. 2 und Satz 2 EStG	199
II. Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens, § 6 Abs. 5 EStG	200
1. Weitergeltung der strengen Trennungstheorie	200
2. Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen Schwestergesell- schaften und § 6b EStG	201
III. Umwandlungssteuergesetz	202
IV. Realteilung	203
1. Überblick	203
2. Echte Realteilung	203

Inhaltsverzeichnis

3. Unechte Realteilung	203
4. Abfindung in Geld	204
5. Übergang zum Bestandsvergleich	204
6. Rechtsfolgen der Realteilung	204
V. Erbaueinandersetzung	205
B. Verlustübergang	206
I. Verlustabzug gem. § 10d EStG	206
II. Gewerbeverlust gem. § 10a GewStG	206

§ 6 Umsatzsteuer

A. Bedeutung der Umsatzsteuer für die Gestaltung der Vermögensnachfolge	208
I. Grundwertungen der Umsatzsteuer	209
1. Entgeltlichkeit des Vorgangs auch bei symbolischem Entgelt	209
2. Entnahme vorsteuerentlasteter Gegenstände	209
3. Definition des unternehmerischen Vermögens	209
II. Geschäftsveräußerung im Ganzen	210
1. Folgen der Nichtsteuerbarkeit nach § 1 Abs. 1a UStG	210
2. Voraussetzungen einer Geschäftsveräußerung im Ganzen	211
3. Rechtsstellung des Erwerbers	212
B. Vorweggenommene Erbfolge	212
I. Einzelunternehmen	212
II. Beteiligung an Personen- und Kapitalgesellschaften	213
III. Einzelne Wirtschaftsgüter, Grundbesitz	214
C. Nießbrauch	216
I. Vorbehaltsnießbrauch	216
II. Zuwendungsnießbrauch	217
D. Umsatzbesteuerung bei Erbfällen	217
I. Übergang von Unternehmensvermögen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge	217
1. Fortführung des Unternehmens durch den Erben	218
2. Auflösung des Unternehmens durch den Erben	218
3. Abwicklung des umsatzsteuerrechtlichen Schuldverhältnisses	218
II. Erbaueinandersetzung	219
III. Vermächtniserfüllung	219

§ 7 Erbschaft- und Schenkungsteuer

A. Überblick	222
I. Einleitung	222
II. Rückblick und Ausblick	228
1. Entstehung der Verschonungsregelungen	228
2. Zukunft der Verschonungsregelungen	232
III. Finanzverwaltung	236
IV. Rechtliche Einordnung	237
B. Ausgewählte Einzelfälle	237
I. Wohnungsunternehmen	237
1. Überblick	238
2. Ausgangsfall	241
3. Praxishinweise	243
II. Betriebsaufspaltung und Betriebsverpachtung	244

Inhaltsverzeichnis

1. Überblick	245
2. Ausgangsfall	245
3. Praxishinweise	247
III. Übertragung von KG-Anteilen unter Vorbehaltsnießbrauch	247
1. Überblick	248
2. Ausgangsfall	253
3. Praxishinweise	261
IVa. Schenkung von Anteilen an einer GmbH & Co. KG mit Grund-	
stücken (missglückt)	261
1. Überblick	262
2. Ausgangsfall	263
3. Praxishinweise	266
IVb. Schenkung von Anteilen an einer GmbH & Co. KG mit Grund-	
stücken (geglückt)	267
1. Überblick	268
2. Ausgangsfall	268
3. Praxishinweise	269
V. Poolverträge bei GmbH-Geschäftsanteilen	270
1. Überblick	271
2. Ausgangsfall	275
3. Praxishinweise	277

§ 8 Grunderwerbsteuer

A. Grundstückserwerb von Todes wegen	282
B. Einzelunternehmen	283
C. Grunderwerbsteuer bei der Nachfolge in einen Personen- oder	
Kapitalgesellschaftsanteil	283
I. Gesellschafterwechsel bei einer Personengesellschaft gem. § 1 Abs. 2a	
GrEStG	283
II. Anteilsübertragung und -vereinigung nach § 1 Abs. 3 GrEStG	284
III. Anteilsübertragung nach § 1 Abs. 2b GrEStG	285

§ 9 Grundbesitzbewertung im Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht

A. Ausgangslage	290
B. Grundbesitzbewertung; Begriffe	291
I. Nutzungsrechte an Grundstücken	291
II. Nutzungsrecht an einer Beteiligung an einer Gesellschaft mit Grund-	
besitz	293
C. Sonderregelungen bei Grundstücksschenkungen	294
I. Ausführung einer Grundstücksschenkung	294
II. Im Erbfall/Besteuerungszeitpunkt noch nicht vollständig erfüllter	
Grundstückskaufvertrag	295
III. Grundstücks- oder Geldschenkung im Besteuerungszeitpunkt	295
IV. Wer ist zum Besteuerungszeitpunkt Schenker/Beschenkter?	296
V. Gemischte Schenkung	297
D. Bewertungsmethoden, Grundbesitzbewertung	298
I. Allgemeines	298
II. Gesonderte Feststellung	298
III. Grundbesitz und Eigentum	298
IV. Rechtsgrundlagen, Berechnungshilfen	299

E. Bewertung unbebauter inländischer Grundstücke (§§ 179, 182 f. BewG)	299
I. Vorliegen eines unbebauten Grundstücks	299
II. Bodenrichtwert, Geschossfläche	300
III. Grundstücksqualität; Entwicklungszustand	301
IV. Bewertung nach einer im gewöhnlichen Geschäftsverkehr üblichen Methode; individueller Verkehrswert	301
F. Bebaute Grundstücke	301
I. Vorliegen eines bebauten Grundstücks	301
II. Bewertung inländischer bebauter Grundstücke	302
G. Vergleichswertverfahren – Regelbewertung bei Ein- und Zweifamilienhäusern, Wohnungseigentum (Eigentumswohnungen) und Teileigentum	302
I. Allgemeines	302
II. Praxisprobleme bei Anwendung des Vergleichswertverfahrens	303
H. Ertragswertverfahren – Mietwohngrundstücke, Geschäftsgrundstücke	304
I. Bewertungsrechtliche Ertragswertmethode	304
II. Vom Bodenwert zum Grundbesitzwert	304
1. Bodenwert	304
2. Gebäudereinertrag	305
3. Bewirtschaftungskosten	306
4. Grundstücksreinertrag nach Abzug der Bodenwertverzinsung	306
5. Kapitalisierung des Gebäudereinertrags	306
6. Grundbesitzwert	307
7. Individueller Verkehrswert	307
I. Sachwertverfahren – Geschäfts-, Fabrikations- und Industriegrundstücke, sonstige bebaute Grundstücke	308
I. Sachwertverfahren, Bewertungsschritte	308
II. Bodenwert; Sachwertverfahren	308
III. Gebäuderegelherstellungswert	309
IV. Gebäudesachwert	309
V. Anpassung an das Marktpreisniveau – Wertzahl	310
VI. Bewertungsmöglichkeiten anstelle des Sachwertverfahrens	310
J. Bewertung inländischer Erbbaurechte und Erbbaugrundstücke	310
I. Ausgangslage	310
II. Erbbaurecht	311
III. Erbbauzins bei Erbschaft-/Schenkungsteuer und Grunderwerbsteuer	312
IV. Erbbaugrundstück	312
1. Bodenwertanteil Erbbaugrundstück	312
2. Gebäudewertanteil Erbbaugrundstück	312
V. Erbschaft-/schenkungsteuerliche Hinweise zu Erbbaurechtsfällen	313
K. Inländische Gebäude auf fremdem Grund und Boden	313
I. Erwerb des mit einem fremden Gebäude bebauten Grundstücks	313
II. Erwerb des Gebäudes/Bauwerks auf fremdem Grund und Boden	314
III. Erbschaft-/schenkungsteuerliche Hinweise zu Fällen von Gebäuden auf fremdem Grund und Boden	314
L. Inländische Grundstücke im Zustand der Bebauung	314
I. Zustand der Bebauung	314
II. Bewertung von Grundstücken im Zustand der Bebauung	315
M. Grundstücke mit Zivilschutzanlagen	315

Inhaltsverzeichnis

N. Verkehrswertbewertung, sog. Öffnungsklausel	315
I. Verkehrswert eines Grundstücks; Öffnungsklausel	315
II. Nachweis eines niedrigeren Verkehrswerts	315
O. Inländische Grundstücke und Betriebsvermögen	317
P. Inländische Grundstücke und Beteiligungen	318
I. Vermögensverwaltende Gemeinschaften/Gesellschaften	318
II. Gewerblich/freiberuflich tätige oder gewerblich geprägte Personen- gesellschaft	319
III. Kapitalgesellschaften mit Grundbesitz	319
IV. Sonderfall: Stille Gesellschaft	319
Q. Grundbesitzwertfeststellung, Feststellungsverfahren, Rechts- behelfsmöglichkeiten	320

§ 10 Die erbschaft-/schenkungsteuerliche Unternehmens- und Anteilsbewertung

A. Einführung	323
I. Betriebsvermögen	323
II. Rechtsgrundlagen	324
B. Bewertung des Betriebsvermögens durch Ableitung aus Verkaufs- preisen	325
C. Bewertung nach den Ertragsaussichten	326
I. Zur Anwendung von Ertragswertverfahren	326
II. Mindestbewertung	328
D. Das vereinfachte Ertragswertverfahren im Überblick	328
I. Jahresertrag	329
II. Kapitalisierungsfaktor	330
III. Zusätzliche eigenständige Wertansätze (§ 200 Abs. 2 BewG)	330
IV. Aufteilung	331
E. Bewertungsgutachten	331
F. Das Substanzwertverfahren	332
I. Zur Anwendung	332
II. Ermittlung des Substanzwerts	333
G. Überblick über die Bewertung von Anteilen an nicht notierten Kapitalgesellschaften	334
I. Grundzüge der Anteilsbewertung	334
II. Ertragswertverfahren	335
III. Unternehmenswertgutachten	335
IV. Substanzwertverfahren	336
V. Aufteilung; Ermittlung des gemeinen Werts der zu übertragenden bzw. der übertragenen Anteile	336
H. Gesonderte Feststellung des gemeinen Werts des Betriebs- vermögens/der Beteiligung, an Mitunternehmerschaften und gewerblich geprägten Personengesellschaften und von Anteilen	337
I. Bewertung für Zwecke der Steuerbefreiung für Betriebsvermögen/ Unternehmen und Anteile an Kapitalgesellschaften	337
I. Befreiungsregelungen für Betriebsvermögen und Anteile	337
II. Das begünstigte Vermögen, Berechnungssystematik	338
III. Verwaltungsvermögen	339
IV. Bewertung des Verwaltungsvermögens	340
V. Verwaltungsvermögen bei mehrstufigen Unternehmens- strukturen	340
VI. Erklärung und Feststellung des (Netto-)Verwaltungsvermögens	341

Dritter Teil. Betriebsübertragung

§ 11 Hofübergabe

A. Altenteilsvertrag	345
I. Überblick	345
II. Tatbestand	345
III. Gesetzliche Erbberechtigung?	346
IV. Subjektive Äquivalenz	347
V. Keine Rückabwicklung	347
VI. Dualistischer Leibgedingsbegriff	348
VII. Bundes- und landesrechtliche Regelungen	349
1. BGB-Landguterbrecht	349
2. Höfeordnung	349
3. Anerbenrechte	351
B. Einkommensteuer bei land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken	353
I. Land- und forstwirtschaftliches Betriebsvermögen	353
II. Vertragsgestaltung	354
1. Entnahme	354
2. Bestellung von Erbbaurechten	358
3. Einbringung in eine GmbH & Co. KG	358
4. Nutzung zu eigenen Wohnzwecken	359
C. Formulierungsvorschlag Hofübergabevertrag	359
D. Anmerkungen zum Hofübergabevertrag	363
I. Vertragsgegenstand	363
II. Leibgeding	364
1. Wohnungsrecht als beschränkte persönliche Dienstbarkeit gem. § 1093 BGB	364
2. Wohnungsreallast	365
3. Verköstigung	365
4. Wart(ung) und Pflege	365
5. Versorgungszahlungen	367
6. Wegzugsklausel	368
III. Schuldübernahme	368
IV. Geschwisterabfindung, Pflichtteilsverzicht	369
V. Grundbucheintragung	369
VI. Zwangsvollstreckung	370
VII. Rücktritt	370
VIII. Einkommensteuer	372
1. Allgemeines	372
2. Abgrenzung zum Wirtschaftsüberlassungs- und Pachtvertrag	373
3. Vorbehaltsnießbrauch	374
4. Leibgedingsbesteuerung	375
IX. Schenkungsteuer	377
1. Betrieb der Land- und Forstwirtschaft	377
2. Wirtschaftswert	378
3. Ergebnis	379
4. Verschonungsabschlag und Abzugsbetrag	380
5. Veräußerung	381
X. Umsatzsteuer	381

Inhaltsverzeichnis

XI. Kosten	382
1. Notar	382
2. Grundbuchamt	383
§ 12 Gewerbebetrieb	
A. Gestaltungsvarianten	387
I. Betriebsverpachtung im Ganzen	387
1. Wahlrecht bei Betriebsverpachtung	387
2. Buchwertfortführung bei Verpachtung an Übergeber	388
3. Betriebsaufgabe	388
II. Nießbrauch an Gewerbebetrieb	389
1. Zuwendungsnießbrauch	390
2. Vorbehaltsnießbrauch	392
3. Vorbehaltsnießbrauch mit Überlassung der Ausübung	396
4. Quotennießbrauch	396
5. Nießbrauch ohne Grundstücksentnahme	397
6. Grundstücksentnahme unter Nießbrauchvorbehalt	397
7. Grundstücksübertragung unter Nießbrauchvorbehalt mit Zurückbehaltung des wirtschaftlichen Eigentums	398
III. Schenkungsversprechen auf den Todesfall	399
IV. Überlassungsvertrag mit aufgeschobener Erfüllung und Verpachtung an den Erwerbsberechtigten	400
V. Unentgeltliche Betriebsüberlassung	400
1. Betriebsübertragung im Ganzen	401
2. Übertragung von Teilbetrieben	402
VI. Entgeltliche Betriebsveräußerung	403
1. (Teil-)entgeltliche Übertragung an einen Abkömmling	403
2. Unternehmensverkauf an Dritte	403
B. Gewerbebetriebsübertragung gegen wiederkehrende Zahlungen	406
I. Steuerrelevante wiederkehrende Bezüge	406
1. Kaufpreistraten	407
2. Leibrente	407
3. Dauernde Last	408
4. Wertsicherungsklauseln	410
II. Einkommensteuerliche Qualifizierung	411
1. Private Versorgungsrente	411
2. Betriebliche Versorgungsrente	416
3. Teilentgeltliche Übertragungen	417
4. Vollentgeltliche Rechtsgeschäfte	419
5. Unterhaltszahlung	421
C. Übergabe eines Gewerbebetriebs gegen Versorgungszahlungen als dauernde Last	421
I. Formulierungsvorschlag	422
II. Anmerkungen	426
1. Unternehmenskontinuität	426
2. Vertragsgegenstand	426
3. Haftung	427
4. Gewährleistungsübernahme	427
5. Betriebsprüfungsrisiko	427
6. Arbeitsverhältnisse	427
7. Dauerschuldverhältnisse	427
8. Versorgung des Übergebers	427

Inhaltsverzeichnis

9. Rücktritts- und Widerrufsrechte	428
10. Buchwertfortführung	429
11. Betrieb ohne positiven Substanz- oder Ertragswert	429
12. Schenkungsteuer	430
13. Umsatzsteuer	430
14. Grunderwerbsteuer	430
15. Kosten	430
III. Checkliste Betriebsübertragung	430

Vierter Teil. Freie Berufe

§ 13 Freiberufliche Praxis und PartG

A. Einzelpraxis	435
I. Situation der Einzelpraxis	436
II. Praxisveräußerung	437
1. Veräußerung an Fremde	437
2. Veräußerung an Angestellte	438
3. Veräußerung innerhalb der Familie	438
III. Heilung nichtiger Praxisübertragungen	439
IV. Stufenmodell bei Praxisübertragung	439
1. Verschwiegenheitspflicht	439
2. Wettbewerbsbeschränkungen	440
3. Anstellungsvertrag	440
4. Grenzziehung	440
V. Rückabwicklung des Kaufs einer Steuerberaterpraxis nach Bereiche-	
rungsrecht	441
VI. Nachfolge von Todes wegen	442
B. Aufnahme in Einzelpraxis	443
I. Bürogemeinschaft oder Mitunternehmerschaft?	443
1. Berufrechtliche Zulässigkeit	443
2. Einkommensteuerliche Abgrenzung	444
3. Umsatzsteuer	444
II. Haftung	444
III. Aufnahme naher Angehöriger	445
1. Vorweggenommene Erbfolge	445
2. Vereinbarung von lebenslangen Versorgungsleistungen	446
3. Nießbrauch und Unterbeteiligung	447
IV. Scheinsozietät und Scheinsozius	448
V. Veräußerungsbesteuerung	448
C. Sozietätsweiterung	449
I. Haftung	449
1. Altverbindlichkeiten	449
2. Nachhaftung	449
3. Gesetzliche Schuldverhältnisse	450
4. Haftungsbeschränkungen	450
5. Steuerhaftung	450
II. Sozietätsvertrag	450
III. Ausgleichszahlung	451
1. Zivilrecht	451
2. Einkommensteuer	451
IV. Bilanzierung	452
1. Gesellschaft	452

Inhaltsverzeichnis

2. Einbringung einer Praxis mit Gewinnermittlung gem. § 4 Abs 3 EStG	452
V. Gewerbesteuer	452
D. Ausscheiden aus einer Sozietät	453
I. Nachvertragliches Wettbewerbsverbot	454
II. Betriebliche Versorgungsrente	454
III. Ausscheiden von Todes wegen: Fortsetzungsklausel	456
E. Realteilung	458
I. Definition der Realteilung	458
1. Begriff	458
2. Rechtsentwicklung	458
3. Kennzeichen der Realteilung	459
II. Ausnahmen von der Begünstigung der Realteilung	460
1. Sicherstellung der Versteuerung der stillen Reserven	460
2. Wertausgleich	460
III. Folgen der Sperrfrist	461
IV. Realteilung und Einnahmenüberschussrechnung	462
F. Partnerschaftsgesellschaft	462
I. Gründung	463
1. Gründungsvarianten	463
2. Ausübung freier Berufe als Gegenstand	463
3. Registeranmeldung	463
4. Genehmigungserfordernisse/Zulassung	464
5. Beginn der Gesellschaft	464
II. Partnerschaftsgesellschaftsvertrag	464
1. Name gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1, § 2 PartGG	464
2. Sitz der Partnerschaft gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 PartGG	465
3. Gegenstand der Partnerschaft	465
4. Geschäftsführung und Vertretung, § 6 und § 7 PartGG	465
5. Gesellschafterversammlung und Stimmrecht	466
6. Erbrechtliche Nachfolge	466
7. Haftung	466
8. Verschmelzung, Wechsel der Gesellschaftsform	469
9. Mustervertrag einer PartG	469
10. Muster Registeranmeldung	474
III. Die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung	474
1. Unterschiede zur Partnerschaftsgesellschaft	474
2. Für und Wider einer PartGmbH	475
3. Gründungsvarianten	475
4. Berufshaftpflicht	476
5. Haftung	477
6. Partnerschaftsvertrag	479
7. Anmeldung zur Eintragung	479
8. Umwandlungen in GmbH, GmbH & Co. KG und Verschmelzung	479
9. Mustersatzung	479
IV. Die steuerliche Behandlung der Partnerschaftsgesellschaft	480
1. Grundsätze	480
2. Gründung	481

Fünfter Teil. Familienpersonengesellschaft

§ 14 Grundlagen der Vertragsgestaltung

A. Einführung	486
I. Vorbemerkung	486
1. Familienpersonengesellschaften als Familienpool	486
2. Abgrenzung zum Poolvertrag	486
3. Aktuelle gesetzgeberische Entwicklungen	487
II. Trend zum Personenunternehmen	488
III. Transparenz des Personenunternehmens	489
IV. Gestaltungsvarianten bei Personengesellschaften	490
1. Gesetzliche Regelung	490
2. Besondere Regelungsmaterien bei Familienpersonengesellschaften	491
3. Treuepflichten in der Familiengesellschaft	491
4. Gütergemeinschaft	493
5. Ehegatteninnengesellschaften	493
B. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	494
I. Vertragsgestaltung in Familienunternehmen	494
1. Präambel in Gesellschaftsverträgen	494
2. Gesellschaftsanteil und Gesellschafterkonten	495
3. Gesellschaftsvertragliche Abfindungsreduzierung	496
4. Rücklagenbildung	497
5. Stimmrecht	497
6. Langfristiger Kündigungsausschluss	499
7. Rückgewähr- und Ausschlussklauseln	500
8. Güterstandsklauseln mit Pflichtteilsverzicht	505
9. Auflösung von Pattsituationen	506
II. Beirat	506
1. Grundlagen	506
2. Aufgaben	507
3. Organisationsstruktur	508
4. Funktion	508
5. Zusammensetzung	509
6. Haftung	509
III. Mediation	509
C. Steuerrechtliche Grundlagen	510
I. Steuerliche Anerkennung einer Familienpersonengesellschaft	510
1. Grundlagen	510
2. Mitunternehmerschaft gefährdende Klauseln	511
II. Überblick über die Tatbestände des § 6 Abs. 3 EStG	512
1. Grundsätze des § 6 Abs. 3 EStG	512
2. Einzeltatbestände des § 6 Abs. 3 EStG	512
III. Aufnahme in ein Einzelunternehmen	512
1. Buchwertfortführung gem. § 6 Abs. 3 EStG und § 24 UmwStG ..	513
2. Buchwertfortführung gem. § 6 Abs. 3 S. 1 Hs. 2 EStG	513
3. Buchwertfortführung gem. § 6 Abs. 3 S. 2 EStG	513
4. Sperrfristverletzung	514
IV. Übertragung von Mitunternehmeranteilen	514
1. Unentgeltliche Übertragung	515
2. Übertragung unter Vorbehalt von Nießbrauchrechten	520
3. Teilentgeltliche Übertragung	527
4. Entgeltliche Übertragung	528

Inhaltsverzeichnis

V. Transfer von Einzelwirtschaftsgütern	528
1. Grundlegende Vorbemerkungen	529
2. Überführung ohne Rechtsträgerwechsel	529
3. Übertragung mit Rechtsträgerwechsel	531
4. Einkommensteuer	533
5. Erbschaftsteuerliche Beurteilung der isolierten Übertragung von Sonderbetriebsvermögen	535
6. Das Reinvestitionsmodell: Entgeltliche Übertragung von Einzel- wirtschaftsgütern	535
 § 15 Stille Gesellschaft und Unterbeteiligung	
A. Einführung	542
B. Typische stille Gesellschaft	543
I. Zivilrechtliche Ausgangslage	543
1. Anwendungsbereich	543
2. Gründung	543
3. Besonderheiten bei Minderjährigen	544
4. Gewinn- und Verlustbeteiligung	545
5. Beendigung	545
II. Besonderheiten bei einzelnen Rechtsträgern	547
1. Einzelkaufmann	547
2. Personengesellschaft, Personenhandelsgesellschaft	549
3. GmbH/UG (haftungsbeschränkt)	550
4. Aktiengesellschaft, SE, KGaA	553
III. Steuerrecht	555
1. Personen(handels)gesellschaften	556
2. Kapitalgesellschaften	556
IV. Formulierungsbeispiel: Gesellschaftsvertrag einer typisch stillen Gesell- schaft (Praxisbeispiel GmbH)	556
C. Atypisch stille Gesellschaft	560
I. Zivilrechtliche Ausgangslage	560
1. Gründung	561
2. Beteiligung von Minderjährigen	561
3. Gewinn- und Verlustbeteiligung	561
4. Beendigung	562
II. Steuerrecht	562
III. Formulierungsbeispiel: Gesellschaftsvertrag einer atypischen stillen Gesellschaft (Praxisbeispiel GmbH)	563
D. Typische Unterbeteiligung	566
I. Gestaltungsgrundsätze, zivilrechtliche Ausgangslage	567
II. Einkommensteuer	567
1. Steuerliche Anerkennung	567
2. Einkünfte aus Kapitalvermögen	568
3. Gewinnfeststellungsverfahren	568
4. Unterbeteiligung an einer vermögensverwaltenden GbR	568
III. Schenkungsteuer	568
E. Atypisch stille Unterbeteiligung	569
I. Gestaltungsgrundsätze	569
II. Einkommensteuer	569
1. Gesondertes Gewinnfeststellungsverfahren	569
2. Sonderbetriebsvermögen	570
III. Schenkungsteuer	570
IV. Urkundengestaltung: Atypische Unterbeteiligung	570

§ 16 Gesellschaft bürgerlichen Rechts und Offene Handelsgesellschaft

A. Zivilrechtliche Grundlagen	575
I. Anwendungsbereich der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	576
II. Anwendungsbereich der offenen Handelsgesellschaft	577
1. Historische Entwicklung	577
2. Anwendungsbereich	578
B. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	578
I. Rechts- und Parteifähigkeit	579
1. Außengesellschaften	579
2. Innengesellschaften	580
II. Abschluss des Gesellschaftsvertrages	580
1. Gründungsvertrag	580
2. Vertragsänderung	580
3. Gesellschafterwechsel	581
III. Stimmrechtsausübung	582
1. Höchstpersönlichkeit	582
2. Mehrheitsbeschlüsse	582
IV. Vertretungsregelung	583
1. Frühere Rechtsprechung	583
2. Organschaftliche Vertretung	583
3. Vollmacht	584
V. Beitragspflicht	585
VI. Ergebnisbeteiligung	585
VII. Stimmrechtsgewichtung	586
VIII. Haftung	586
1. Gesetzliche Regelung	586
2. Haftungsbegrenzung	587
3. Deliktsschulden	587
4. Altverbindlichkeiten	588
5. Nachhaftung	589
6. Steuerhaftung	589
7. Immobilienfonds und Wohnungseigentümergeinschaften	589
IX. Anwachsung	590
X. Abfindungsguthaben	591
1. Abfindungsbeschränkungen	592
2. Abfindungsausschluss im Todesfall	593
XI. Erbrechtliche Nachfolge	595
1. Fortsetzungsklausel	595
2. Einfache Nachfolgeklausel	596
3. Qualifizierte Nachfolgeklausel	596
XII. Rechtsgeschäftliche Nachfolgeklauseln	597
XIII. Testamentsvollstreckung	598
XIV. Minderjährige Gesellschafter	598
1. Gesetzliche Vertretungsregelung	598
2. Familiengerichtliche Genehmigung	599
3. Das Minderjährigenschaftsbeschränkungsgesetz	599
XV. Steuerrecht	600
1. Die GbR als Steuersubjekt	600
2. Grunderwerbsteuer	601
3. Umsatzsteuer	602

Inhaltsverzeichnis

4. Schenkungsteuer	604
5. Einkommensteuer	605
XVI. Vertragsgestaltung: Gewerbliche GbR	609
C. Offene Handelsgesellschaft	612
I. Gesellschafterbeiträge	612
II. Geschäftsführung und Vertretung	612
III. Gewinnverteilung und Entnahmen	613
IV. Wettbewerbsverbot nach § 112 HGB	613
V. Nachfolgeregelung	613
1. Nachfolge unter Lebenden	614
2. Nachfolge von Todes wegen	615
3. Vererbung bei Personenhandelsgesellschaften	615
4. Minderjähriger als Erbe	615
5. Wahlrecht nach § 139 HGB	616
VI. Abfindungsansprüche	616
1. Abfindungsausschluss	619
2. Einzelne Bewertungsverfahren	619
3. Ratenzahlung	625
4. Schiedsgutachterklausel	625
VII. Besteuerung	625
1. Laufende Besteuerung	626
2. Besteuerung bei Fortsetzungs- und Nachfolgeklauseln	626
VIII. Vertragsmuster: Errichtung einer OHG	629
D. Ausblick auf die Reform des Personengesellschaftsrechts	633
I. Außen- und Innengesellschaft	634
II. Verwaltungssitz und Vertragssitz	635
III. Schaffung eines Registers für Gesellschaften bürgerlichen Rechts	635
IV. Statuswechsel	636
V. Beiträge, Stimmkraft, Anteil am Gewinn und Verlust	636
VI. Beschlussfassung	636
VII. Beschlussmängel	637
VIII. Vertretung der Gesellschaft	637
IX. Persönliche Haftung der Gesellschafter	637
X. Ausscheiden eines Gesellschafters, Auflösung der Gesellschaft	638
XI. Öffnung der Personenhandelsgesellschaften für Angehörige freier Berufe	639
XII. GbR mbH?	639
XIII. Änderungen zum Recht der OHG und der KG	640

§ 17 Kommanditgesellschaft

A. Gesetzliche Regelung	643
I. Haftung	643
II. Gesellschaftsanteil	644
1. Feste Beteiligungsquoten	644
2. Variable Beteiligungsquoten	645
III. Tätige Gesellschafter	646
IV. Minderjährige Gesellschafter	646
V. Publizitätspflichten	646
B. Vertragsgestaltung	647
I. Bestimmtheitsgrundsatz	647
II. Unzulässige Vertragsklauseln	647

Inhaltsverzeichnis

C. Vererbung von Sonderbetriebsvermögen	648
I. Qualifizierte Nachfolgeklausel	649
II. Einfache Nachfolgeklausel	650
III. Eintrittsklausel	651
D. Besteuerung	651
I. Steuerliche Anerkennung einer Familien-KG	651
II. Mitunternehmerschaft	651
III. Umfang des Betriebsvermögens	652
IV. Gewinnverteilung	652
E. Formulierungsvorschlag: Kommanditgesellschaftsvertrag	653
I. Urkunde	653
II. Checkliste: Kommanditgesellschaft	659
1. Vertragsgestaltung	659
2. Gesellschafterkonten	659
3. Einkommensteuer	659
4. Schenkungsteuer	659
F. Vorweggenommene Erbfolge von Gesellschaftsanteilen	659
I. Der Nießbrauch als Gestaltungsinstrument	660
1. Sachnießbrauch	660
2. Rechtsnießbrauch	661
II. Surrogat	663
III. Vorbehaltsnießbrauch am Gesellschaftsanteil	663
1. Einkommensteuer	664
2. Schenkungsteuer	665
IV. Zuwendungsnießbrauch an Gesellschaftsanteilen	666
V. Einlagenrückgewähr durch vorbehaltene Leistungen	666
G. Vertragsmuster: KG-Anteilsabtretung	667
I. Geschäftsanteilsabtretung und Übertragung eines Gesellschafts- anteiles	667
II. Registeranmeldung	670
III. Anmerkungen	670
1. Überlassung	670
2. Versorgungsrente und dauernde Last	670
3. Quotennießbrauch	671
4. Entnahmerecht	671
5. Widerrufsrecht	671
6. Durchführung der Rückübertragung	671
7. Schenkungsteuer	672

Sechster Teil. Familienkapitalgesellschaft

§ 18 Gesellschaft mit beschränkter Haftung

A. Familienunternehmen	675
I. Familienunternehmen, Unternehmensnachfolge	675
II. Personengesellschaft	676
III. MoMiG, Mustersatzung, UG, Limited	677
1. MoMiG	677
2. Mustersatzung	678
3. UG	678
4. Limited	678
B. Besteuerung	679
I. Steuerbelastung	679

Inhaltsverzeichnis

1. Steuerbelastung der Gesellschaft	679
2. Steuerbelastung der Gesellschafter	679
II. Rechtsformwahl	682
C. Publizität	682
I. Rechnungslegung, Prüfungspflicht, Offenlegung	682
II. Handelsregister, Unternehmensregister, Basisregister	684
III. Gesellschafterliste	685
IV. Transparenzregister	686
D. Der Geschäftsführer	687
I. Der Geschäftsführer als Organ der Gesellschaft	687
1. Funktionsebenen	687
2. Organstellung	687
II. Dienstvertrag: Arbeitsrecht	690
III. Sozialversicherungsrecht	691
IV. Steuerrecht	692
V. Haftung des Geschäftsführers	692
1. Übersicht	692
2. Gründung der GmbH	693
3. Kapitalerhaltung	694
4. Aufsichtverschulden	694
5. Finanzierung	694
6. Insolvenz	695
7. Verhandlungverschulden	695
8. Steuern	696
9. Versicherungsbeiträge	696
10. Möglichkeiten der Haftungsbegrenzung, Absicherung	696
V. Formulierungsvorschlag: Der Geschäftsführervertrag des nicht sozialversicherungspflichtigen Gesellschafter-Geschäftsführers	698
E. Familien GmbH	702
I. Gründung einer gewerblich tätigen GmbH	702
1. Satzungsgestaltung	702
2. Formulierungsvorschlag: Satzung Familien-GmbH	711
3. Gesellschaftervereinbarungen	722
4. Familienverfassung, Sicherung der Handlungsfähigkeit	723
II. Vermögensverwaltende GmbH	723
1. Cash-GmbH, Forderungs-GmbH	723
2. Real-Estate-GmbH	723
III. Unentgeltliche Geschäftsanteilsübertragung	723
1. Schenkungs- und Übertragungsvertrag	723
2. Übertragung unter Nießbrauchsvorbehalt	725
3. Übertragungen gegen Versorgungsleistungen	727
F. Unternehmenskaufvertrag	729
I. Share Deal	730
1. Asset Deal, Share Deal	730
2. Vorvertragliches Schuldverhältnis	730
3. Vertraulichkeit	730
II. Transaktionsstruktur	731
III. Der Unternehmens-Kaufvertrag (SPA)	731
1. Form	731
2. Kaufpreis	732
3. Gewährleistung, Garantie, Freistellung	732
4. Material-Adverse-Change-Klauseln, Force-majeure-Klauseln	733
5. Umsatzsteuer	734

Inhaltsverzeichnis

6. Grunderwerbsteuer	734
7. Ertragsteuern	735
IV. MBO, MBI, Private-Equity	735
V. Formulierungsvorschlag: Unternehmenskaufvertrag	736

§ 19 Unternehmensnachfolge AG und KGaA

A. AG und KGaA als Rechtsform für die Familiengesellschaft	753
I. Vorteile der AG und KGaA als Rechtsformen zur Sicherung der Nachfolge	753
II. Nachteile der AG und KGaA	754
III. Erbrecht und Gesellschaftsrecht bei der Nachfolgeplanung	755
IV. Zusammenfassung	756
B. Aktiengesellschaft	756
I. Organe	756
1. Vorstand	756
2. Aufsichtsrat	758
3. Hauptversammlung	762
II. Kapital und Aktien	765
III. Sicherung des Familieneinflusses durch Ausgabe von stimmrechtslosen Vorzugsaktien	766
1. Ausgestaltung des Vorzugs	766
2. Wiederauflösen des Stimmrechts (§ 140 Abs. 2 S. 1 AktG)	767
3. Zustimmungserfordernis bei Beschränkungen des Vorzugs und Kapitalerhöhungen	768
4. Umwandlung von Vorzügen in Stammaktien	769
C. KGaA	769
I. Grundstruktur der KGaA	770
1. Überblick über Struktur und anwendbares Recht	770
2. Kapital der KGaA	772
II. Gesellschafter der KGaA	772
1. Komplementäre	772
2. Kommanditaktionäre	776
3. Die Verfassung der KGaA	778
4. Feststellung des Jahresabschlusses und Gewinnverteilung	786
III. Die Familien-KGaA	788
1. Vorteile der KGaA als Rechtsform für die Familiengesellschaft	788
2. Ausgestaltung der Familien-KGaA	789

Siebter Teil. Doppelgesellschaft

§ 20 Der Siegeszug der (Einheits-)GmbH & Co. KG

A. Gestaltungsvarianten	796
I. Personengleiche GmbH & Co. KG	797
II. Nicht personengleiche GmbH & Co. KG	797
III. Die Einpersonen-GmbH & Co. KG	798
IV. Kombinationsgestaltungen	799
1. Sternförmige GmbH & Co. KG	799
2. Mehrstufige GmbH & Co. KG	799
V. Die Einheits-GmbH & Co. KG	800
1. Zulässigkeit	800
2. Die BFH-Entscheidung vom 13.7.2017 – IV R 42/14, BStBl. II 2017, 1126	801

Inhaltsverzeichnis

3. Gesetzliche Regelung	803
4. Darlehensgewährung	803
5. Steuerliche Vorzüge der Einheits-GmbH & Co. KG	803
6. Zusammenfassung	804
VI. Urkundengestaltung einer Einheits-GmbH & Co. KG	804
1. GmbH-Vertrag	805
2. GmbH & Co. KG-Vertrag	807
3. Anmerkungen zum GmbH & Co. KG-Vertrag	816
B. Der Weg in die GmbH & Co. KG	819
I. Errichtung einer GmbH & Co. KG aus einem Einzelunter- nehmen	819
1. Gründungsprobleme	820
2. Einbringung	821
II. Wege aus der GbR in die GmbH & Co. KG: Identitätswahrende Umformung	821
III. Errichtung einer GmbH & Co. KG aus einer KG	822
IV. Formwechsel einer GmbH in eine GmbH & Co. KG	822
1. Gestaltungsvarianten	823
2. Der Königsweg in die Einheits-GmbH & Co. KG	824
3. Kapitalausstattung der GmbH & Co. KG	824
4. Vertragsgestaltung	825
C. Haftungssystem	828
I. Haftung der GmbH & Co. KG	828
1. Vertragliche Garantiehftung	828
2. Vertragliche Verschuldenshaftung	828
3. Unerlaubte Handlung, §§ 823 ff. BGB	829
4. Haftung für Verrichtungsgehilfen gem. § 831 BGB	829
5. Gefährdungshaftung	829
6. Produkthaftung	829
7. Prospekthaftung	830
8. Sozialplanhaftung gem. § 112 BetrVG	830
9. Steuerschuldenhaftung	830
II. Haftung der Kommanditisten	830
1. Gründungshaftung	830
2. Einlagenrückgewähr	831
3. Kapitalersatzhaftung	831
D. Rechnungslegungs-, Prüfungs- und Offenlegungspflichten	831
E. Besteuerung	832
I. Einkommensteuer	832
1. Einbringung	832
2. Sonderbetriebsvermögen	833
3. Einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung gem. § 180 Abs. 1 Nr. 2 AO	833
4. Verlustbegrenzung gem. § 15a EStG	835
5. Steuerliche Anerkennung einer Familien-Personengesellschaft	835
6. Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts (KöMoG)	836
II. Gewerbesteuer	837
III. Grunderwerbsteuer	837
IV. Umsatzsteuer	837
V. Erbschaftsteuer	838
F. Die gewerblich geprägte (mitunternehmerische) GmbH & Co. KG	838
I. Betriebserhaltungsmodell	838

Inhaltsverzeichnis

1. Vermeidung der Aufdeckung stiller Reserven trotz Betriebsauf-	839
gabe	
2. Vorweggenommene Erbfolge	839
II. Vertragsmuster: Errichtung einer GmbH & Co. KG durch Sach-	
einlage	840
1. Urkundenmantel	840
2. Gesellschaftsvertrag	841
III. Anmerkungen	843
1. Zum Urkundenmantel	843
2. Gesellschaftsvertrag	843
G. Gewerbliche Prägung von Privatvermögen	844
H. KG-Anteilsübertragung	845
I. Vorheriger Registervollzug	845
1. Kommanditgesellschaft	845
2. Grundbuchvollzug	846
II. Nießbrauchsvorbehalt	846
1. Einkommensteuer	846
2. KG-Anteilsübertragung mit Vorbehaltsnießbrauch	847
3. Stimmrechtsbetrachtung	848
4. Ertragsteuerliche Ausführungen von Thomas Stein	849
5. Ertragsnießbrauch	849
6. Ertragsnießbrauchbeurteilung durch das FG Münster 23.9.2008 ..	849
7. Ergebnis	850
III. Versorgungsleistungen	851
IV. Schenkungsteuer	851
V. Grunderwerbsteuer	851
VI. Zusammenfassung	851

§ 21 Betriebsaufspaltung

A. Rechtsprechung zur Betriebsaufspaltung	854
I. Historische Entwicklung	854
II. Definition	855
III. Echte Betriebsaufspaltung	855
IV. Unechte Betriebsaufspaltung	856
V. Einheitsbetriebsaufspaltung	857
VI. Spaltung in Betriebs- und Besitzunternehmen gem. § 123 UmwG ...	858
1. Gesetzliche Regelung	858
2. Zuordnung der Arbeitsverhältnisse	859
3. Sozialplanpflicht	859
VII. Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	859
VIII. Steuerliche Nachteile der Betriebsaufspaltung	860
B. Betriebsaufspaltung zur vorweggenommenen Erbfolge	861
I. Echte Betriebsaufspaltung	861
II. GmbH-Gründung	862
III. Pachtvertrag	862
IV. Formulierungsvorschlag: Pachtvertrag (echte Betriebsaufspaltung)	863
C. Verhinderung einer Betriebsaufspaltung durch Verpachtung ohne	
personelle Beherrschung	866
I. Wiesbadener Modell	866
1. Fehlende personelle Beherrschung	867
2. Übertragungsverpflichtung im Scheidungsfall	867
II. Einstimmigkeitsvereinbarung	868

Inhaltsverzeichnis

D. Beendigung einer Betriebsaufspaltung	869
I. Beendigung der Betriebsaufspaltung durch Einbringung des Besitzunternehmens in die Betriebskapitalgesellschaft	870
II. Formwechsel der Betriebs-GmbH in eine GmbH & Co. KG	871

Achter Teil. Umwandlung

§ 22 Umwandlung und Umstrukturierung

A. Einleitung	874
I. Interessenlage	874
1. Die Interessen des Vermögensübergebers	875
2. Die Interessen des Vermögensnachfolgers	876
II. Kriterien zur Umstrukturierung	876
III. Techniken des Rechtsformwechsels	879
B. Techniken des UmwG	879
I. Überblick	879
II. Zeitpunkt	882
III. Steuerrechtliche Implikationen außerhalb der Ertragsteuern	882
C. Instrumentarien außerhalb der Vorschriften des UmwG	883
I. Überblick	883
II. Anwachsung	884
III. Einbringung	886
IV. Identitätswahrende Umformung	886
V. Realteilung	887
1. Zivilrechtliche Ausgangslage	887
2. Realteilung gemäß § 16 Abs. 3 S. 2 EStG	888
3. Realteilung nach vorweggenommener Erbfolge/Erbfall	891
VI. Transfer einzelner Wirtschaftsgüter	891
D. Typische Fallgruppen in der Unternehmensnachfolge	893
I. Umwandlungsziel: GmbH	894
1. Einzelkaufmännisches Unternehmen als Ausgangsgesellschaft	894
2. GbR als Ausgangsgesellschaft	894
3. KG als Ausgangsgesellschaft	896
II. Umwandlungsziel: Personenunternehmen/-gesellschaft	898
1. Umwandlung einer GmbH in eine GmbH & Co. KG	898
2. Ausgliederung eines einzelkaufmännischen Unternehmens auf eine bestehende GmbH & Co. KG	900
3. Identitätswahrende und beteiligungskonforme Umwandlung einer GbR in eine GmbH & Co. KG	901
4. Einbringung eines Einzelunternehmens zum Buchwert in eine GmbH & Co. KG („Mischentgelt“)	901
III. Umwandlungsziel: Spaltung von Teilbetrieben	902
E. Umwandlung durch den Testamentsvollstrecker	904

Neunter Teil. Stiftung

§ 23 Stiftungsreform

A. Vorbemerkung	908
B. Ausgangssituation und Ziel	909
C. Überblick über die Regelungen im Einzelnen	909
I. Definition der Stiftung	909

Inhaltsverzeichnis

II. Stifterwille	910
III. Stiftungsarten	910
IV. Stiftungsvermögen	911
V. Stiftungsverwaltung	911
VI. Stiftungsorgane	911
VII. Satzungsänderungen	912
VIII. Zulegung und Zusammenlegung von Stiftungen	912
IX. Stiftungsregister	913
D. Schlussbemerkung	914

§ 24 Stiftungen als Instrument der Vermögens- und Unternehmensnachfolge

A. Überblick: Stiftungsvarianten	919
Einleitung	919
I. „Ewige“ Stiftungsvarianten	920
II. Stiftungsrechtsreformen	920
1. Gesetz zur Modernisierung des Stiftungsrechts	920
2. Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes	921
3. Gesetz zur Vereinheitlichung des Stiftungsrechts	922
III. Stiftungsreife	922
IV. Stiftungsregistergesetz	922
B. Gemeinnützige Stiftungsvarianten	923
I. Die Sphären einer gemeinnützigen Stiftung	923
II. Umfangreiche wirtschaftliche Geschäftstätigkeiten von gemeinnützigen Stiftungen	924
III. Gemeinnützige Stiftungsvarianten	925
1. Selbstständige gemeinnützige Stiftung gem. § 80 Abs. 2 S. 1 BGB	925
2. Unselbstständige Stiftung	925
3. Zustiftung	925
4. Gemeinnütziger Stiftungsverein	925
5. Stiftungs-GmbH als Stiftungsersatzform	926
6. UG (haftungsbeschränkt)	927
IV. Steuerliche Beurteilung der Einbringung des Stiftungsvermögens	927
1. Stiftungsgründung	927
2. Praxisbeispiel	928
V. Steuervergleich: Zustiftung, Spenden und unselbstständige Stiftung	930
1. Gemeinnützigkeit gem. §§ 51 ff. AO	931
2. Sonderausgabenhöchstbetrag gem. § 10b Abs. 1a EStG	931
VI. Stiftung in der Rechtsform der GmbH	931
VII. Vorzüge der Stiftungs-GmbH	932
VIII. Hinweise	935
1. Grundstückseinbringung	935
2. Buchwertfortführung	935
3. Steuervergünstigungen	935
C. Allzweck-Stiftungen	935
I. Gemeinwohlkonforme Allzweckstiftung	936
II. Stiftungsaufsicht	936
D. Privatenützige Stiftung	936
I. Stiftungserrichtung	936
1. Definition	937
2. Rechtsform	937
II. Notarielle Beurkundung	937
III. Anmerkung	940

Inhaltsverzeichnis

E. Familienstiftung mit Privatvermögen	941
I. Überblick	942
1. Abgrenzung zu gemeinnützigen Stiftungen	942
2. Anerkennungsverfahren und Stiftungsaufsicht	942
3. Rechenschaft und Publizität	943
4. Rechtsfolgen der Familienstiftung	944
5. Schenkungsteuer	946
6. Grunderwerbsteuer	948
7. Ertragsteuern	948
II. Vertragsgestaltung: Errichtung der S. Familienstiftung	952
F. Familienstiftung zur Unternehmensnachfolge	957
I. Überblick	958
1. Funktion der Familienstiftung	958
2. Gründungsvarianten	959
II. Mitbestimmungsrecht	960
1. Paritätische Mitbestimmung	960
2. Konzernzurechnungsregelung des § 5 Abs. 1 MitbestG	960
3. Drittelparität	961
4. Betriebsverfassungsgesetz	961
III. Unternehmensstiftungen	961
IV. Beteiligungsträgerstiftungen	961
1. Die Stiftung als Komplementär	961
2. Die Stiftung als Beteiligungsträger	962
V. Besteuerung der unternehmensverbundenen Familienstiftung	963
1. Ertragsteuern	963
2. Erbschaftsteuer bei gewerblichen Familienstiftungen	964
3. Verschonungsbedarfsprüfung	965
VI. Gestaltungsvarianten	966
1. Steuervergünstigung des § 8b Abs. 2 KStG	966
2. Generationsübergreifende Familienstiftung	966
3. Steckengebliebene Vorwegerbfolge	967
4. Familienverbrauchsstiftung	967
5. Wohnungsunternehmen	969
VII. Vorteile der Familienstiftung	969
1. Zivilrechtliche Vorteile der Familienstiftung	969
2. Steuerliche Vorteile der betrieblichen Familienstiftung	970
G. Doppelstiftung	970
I. Gestaltung	970
1. Koordination mehrerer Körperschaften	970
2. Gestaltungsprobleme einer Doppelstiftung	971
3. Beispiel Dieter Schwarz Doppelstiftung	971
II. Steuerliche Beurteilung	972
1. Ertragsteuern	972
2. Grunderwerbsteuer	973
III. Satzungsgestaltung	973
1. Errichtung einer Familienstiftung	973
2. Errichtung einer gemeinnützigen Stiftung	978
3. Beschränkter Pflichtteilsverzicht	984

Zehnter Teil. Ausländisches Vermögen

§ 25 Die Europäische Erbrechtsverordnung (EuErbVO)

A. Vorrangige Abkommen	990
B. Anwendungsbereich, Vorfragen	990
I. Anwendungsbereich	990
1. Abgrenzung zum Güterrecht	991
2. Unentgeltliche Zuwendungen	992
3. Gesellschaftsrechtliche Nachfolgeklauseln	992
4. Abgrenzung zum Sachenrecht	993
II. Vorfragen	994
C. Ermittlung des Erbstatuts	995
I. Regelanknüpfung nach Art. 21 EuErbVO	995
1. Allgemeines	995
2. Letzter gewöhnlicher Aufenthalt	995
3. Einzelfälle	996
4. Formulierungsbeispiele zur Dokumentation des gewöhnlichen Aufenthalts	997
II. Ausnahme: offensichtlich engere Verbindung	998
III. Rechtswahl nach Art. 22 EuErbVO	999
1. Allgemeines	999
2. Form der Rechtswahl	1000
3. Rechtswahlerklärung	1000
4. Formulierungsbeispiele	1000
IV. Rück- und Weiterverweisung, Art. 34 EuErbVO	1001
V. Eingriffsnormen, Art. 30 EuErbVO	1002
VI. Mehrrechtsstaaten	1002
VII. Ordre public	1004
D. Einseitige Testamente	1004
I. Form	1004
II. Zulässigkeit und materielle Wirksamkeit	1005
1. Zulässigkeit	1005
2. Materielle Wirksamkeit	1005
III. Änderung, Widerruf	1005
IV. Rechtswahlmöglichkeiten im Testament	1005
1. Wahl des Errichtungs- und des Erbstatuts nach Art. 24 Abs. 1 iVm Art. 22 EuErbVO	1006
2. Isolierte Wahl des Errichtungsstatuts nach Art. 24 Abs. 2 EuErbVO	1006
3. Isolierte Wahl des Erbstatuts nach Art. 22 EuErbVO	1006
4. Formulierungsbeispiel	1006
V. Wirkungen im Todesfall	1007
E. Erbverträge und gemeinschaftliche Testamente	1007
I. Begriff des Erbvertrags, Gemeinschaftliche Testamente	1007
II. Form des Erbvertrags	1007
III. Materielle Wirksamkeit und Wirkungen des einseitigen Erbvertrags ...	1008
IV. Materielle Wirksamkeit und Wirkungen des mehrseitigen Erbvertrags	1009
V. Besonderheiten bei Verzichtverträgen	1010
VI. Rechtswahlmöglichkeiten im Erbvertrag	1011
1. Wahl nach Art. 25 Abs. 1 bzw. Abs. 2 Unterabs. 1 iVm Art. 22 EuErbVO	1011
2. Rechtswahl nach Art. 25 Abs. 3 EuErbVO	1012

Inhaltsverzeichnis

3. Wahl des tatsächlichen Erbstatuts nach Art. 22 EuErbVO	1013
4. Formulierungsbeispiele	1013
VII. Zusammenfassendes Prüfungsschema	1014

§ 26 Die Europäischen Güterrechtsverordnungen (EuGüVO und EuPartVO)

A. Vorbemerkungen	1019
I. Mitglied- und Drittstaaten	1019
II. Zeitlicher Anwendungsbereich	1020
III. Verhältnis zu früheren Abkommen und Staatsverträgen	1020
B. Auslegung, sachlicher Anwendungsbereich, Vorfragen	1021
I. Auslegung	1021
II. Anwendungsbereich, Abgrenzung zu anderen Statuten	1021
1. Begriff und Reichweite des Güterrechts, Art. 3 Abs. 1 Buchst. a und Art. 27 EuGüVO	1021
2. Abgrenzung zum Allgemeinen Ehwirkungsstatut	1022
3. Unterhaltspflichten	1022
4. Schenkungen und ehebedingte Zuwendungen unter Ehegatten ...	1023
5. Abgrenzung zum Gesellschaftsrecht	1023
6. Abgrenzung zum Sachenrecht, Art. 1 Abs. 2 Buchst. g und h EuGüVO	1025
7. Abgrenzung zum Erbrecht, Art. 1 Abs. 2 Buchst. d EuGüVO	1026
III. Vorfragen	1026
C. Regelanknüpfung des Güterrechtsstatuts, Art. 26 EuGüVO	1027
I. Erster gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt nach Eheschließung	1027
1. Allgemeines	1027
2. Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts	1028
3. Einzelfälle	1028
4. Gemeinschaftlichkeit des gewöhnlichen Aufenthalts	1028
5. Maßgeblicher Zeitpunkt	1029
6. Formulierungsbeispiele zur Dokumentation des gewöhnlichen Aufenthalts	1030
II. Ausweichklausel, Art. 26 Abs. 3 EuGüVO	1030
III. Recht der gemeinsamen Staatsangehörigkeit	1031
1. Ermittlung der Staatsangehörigkeit	1031
2. Mehrstaater	1031
3. Formulierungsbeispiel zur Dokumentation der gemeinsamen Staatsangehörigkeit	1032
IV. Engste Verbindung	1032
V. Unwandelbarkeit des Güterrechtsstatuts	1033
VI. Universelle und einheitliche Anwendung	1034
VII. Keine Rück- und Weiterverweisung, Art. 32 EuGüVO	1035
VIII. Mehrrechtsstaaten, Art. 33, 34 EuGüVO	1035
IX. Eingriffsnormen, Art. 30 EuGüVO	1036
X. Ordre public, Art. 31 EuGüVO	1036
D. Rechtswahlmöglichkeiten, Art. 22–24 EuGüVO	1037
I. Allgemeines	1037
1. Bisherige Rechtslage	1037
2. Zeitpunkt der Rechtswahl	1037
II. Wählbare Rechte nach Art. 22 Abs. 1 EuGüVO	1037
1. Güterrecht am gewöhnlichen Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Rechtswahl (Art. 22 Abs. 1 Buchst. a EuGüVO)	1037

Inhaltsverzeichnis

2. Güterrecht eines Staates, dessen Staatsangehörigkeit einer der (künftigen) Ehegatten zum Zeitpunkt der Rechtswahl hat (Art. 22 Abs. 1 Buchst. b EuGüVO)	1038
III. Form der Rechtswahl, Art. 23 EuGüVO	1039
1. Grundsatz: Art. 23 Abs. 1 EuGüVO	1039
2. Ausnahmen, Einzelfälle	1040
3. Kein Rückgriff auf die Ortsform, das Recht der Staatsangehörigkeit oder das gewählte Recht	1042
IV. Inhalt und materielle Wirksamkeit der Rechtswahl, Art. 24 EuGüVO	1042
1. Ausdrückliche oder konkludente Rechtswahlerklärung	1042
2. Materielle Wirksamkeit der Rechtswahlerklärung, Art. 24 Abs. 1 EuGüVO	1043
V. Wirkungen der Rechtswahl, Zeitpunkt	1043
1. Zeitpunkt der Wirksamkeit, Rückwirkung, Art. 22 Abs. 2 und Abs. 3 EuGüVO	1043
2. Aufgrund der Rechtswahl eintretender Güterstandswechsel	1044
VI. Aufhebung und Änderung der Rechtswahl	1046
VII. Rechtswahl nach dem IPR eines Drittstaates	1046
VIII. Formulierungsvorschläge	1046
1. Rechtswahl vor Eheschließung	1046
2. Rechtswahl nach Eheschließung	1047
E. Besonderheiten für Eheverträge, Vereinbarungen über den ehelichen Güterstand, Art. 25 EuGüVO	1048
I. Begriff und Definition des Ehevertrages	1048
II. Form des Ehevertrages, Art. 25 EuGüVO	1048
1. Grundsatz: Art. 25 Abs. 1 EuGüVO	1048
2. Ausnahmen	1048
3. Zusätzliche Formvorschriften des anwendbaren Rechts, Art. 25 Abs. 3 EuGüVO	1048
4. Kein Rückgriff auf die Ortsform	1049
III. Materielle Wirksamkeit des Ehevertrages, Art. 27 Buchst. g EuGüVO	1050
IV. Inhalt des Ehevertrages	1050
F. Besonderheiten der EuPartVO	1050
I. Anwendungsbereich, Abgrenzung zwischen Ehe und Partnerschaft	1050
II. Unterschiede zwischen EuGüVO und EuPartVO	1051

Elfter Teil. Kostenrecht

§ 27 Notar-, Registergerichts- und Grundbuchamtsgebühren

A. Aufbau des Gerichts- und Notarkostengesetzes	1056
I. Paragraphenteil	1056
II. Kostenverzeichnis	1057
1. Teile des Kostenverzeichnisses	1057
2. Abschnitte des Kostenverzeichnisses	1057
III. Gebührentabellen A und B	1058
IV. Gebührenarten	1058
1. Allgemeines	1058
2. Notargebühren	1059
3. Gerichtsgebühren	1060

Inhaltsverzeichnis

B. Öffentlich-rechtlicher Kostenanspruch	1060
I. Notarkosten	1060
1. Träger eines öffentlichen Amtes	1060
2. Verbot der Gebührenvereinbarung	1061
3. Ausnahmen vom Verbot der Gebührenvereinbarung	1061
4. Unrichtige Sachbehandlung	1062
5. Umsatzsteuer	1062
II. Gerichtskosten	1062
C. Geschäftswert	1063
I. Allgemeine Grundsätze	1063
1. Geschäftswertprinzip	1063
2. Kein Schuldenabzug	1063
3. Angelegenheiten ohne bestimmten Geschäftswert (Allgemeiner Geschäftswert)	1064
4. Bewertung von Grundbesitz	1064
II. Geschäftswert und Gebühr: Notarielle Besonderheiten	1067
1. Verfahrenswert notarieller Geschäfte	1067
2. Austauschvertrag vs. Auseinandersetzung	1069
3. Vertragliche Bedingungen	1072
D. Kostenrechtliche Lösung von ausgewählten Sachverhalten	1073
I. Nachfolgeberatung	1073
1. Beratungsleistung kostenfrei?	1073
2. Geschäftswert	1074
3. Gebühr	1075
4. Beispiel	1075
II. Unternehmertestament/Erbvertrag	1075
1. Geschäftswert	1075
2. Gebühren	1078
3. Ablieferung der Verfügung von Todes wegen zur Verwahrung	1079
III. Ehevertrag	1079
1. Geschäftswert	1079
2. Gebühr	1081
IV. Vollmachten	1081
1. Allgemeines zum Geschäftswert	1081
2. Spezialvollmacht	1081
3. Generalvollmacht	1081
4. Vorsorgevollmacht	1083
5. Gebühr	1084
6. Zentrales Vorsorgeregister	1084
V. Hofübergabe	1085
1. Allgemeines zum Geschäftswert	1085
2. Ausnahmevorschrift § 48 GNotKG	1085
3. Pflichtteilsverzichte weichender Erben	1088
5. Gebühr	1089
6. Beispielhafte Bewertung des Formulierungsvorschlags „Hofübergabe“ (siehe → § 11 Rn. 39)	1089
VI. Betriebsübergabe	1090
1. Allgemeines	1090
2. Beispielhafte Bewertung des Formulierungsvorschlags (siehe → § 12 Rn. 152)	1091
VII. Dienstbarkeit (Photovoltaikanlagen oder Windradanlagen)	1092
1. Geschäftswert	1092
2. Notargebühr	1092

Inhaltsverzeichnis

3. Grundbuchamtsgebühr	1092
VIII. Stille Gesellschaft	1093
1. Stille Gesellschaft und Unterbeteiligung	1093
2. Atypisch stille Gesellschaft und Unterbeteiligung	1093
3. Umwandlung einer atypischen Unterbeteiligung	1093
IX. Gründung von Personen- und Kapitalgesellschaften	1093
1. Geschäftswert	1093
2. Gebühr	1096
3. Bewertung des Formulierungsvorschlags zu → § 16 Rn. 168	1097
4. Bewertung des Formulierungsvorschlags zu → § 16 Rn. 249	1097
X. Übertragung von Gesellschaftsanteilen	1099
1. Geschäftswert (Anwendbarkeit des § 54 S. 1 GNotKG)	1099
2. Gebühr	1101
3. Beispielhafte Bewertung des Formulierungsvorschlags (siehe → § 17 Rn. 71, 72)	1102
XI. Umwandlungen	1102
1. Geschäftswert	1102
2. Gebühr	1103
XII. Stiftungen	1104
 § 28 Vergütungsmodelle für Rechtsanwälte bei der Beratung zur Unternehmensnachfolge	
A. Allgemeine Vorbemerkung	1105
B. Möglichkeiten der Vergütungsvereinbarung	1105
I. Orientierung am Gegenstandswert	1105
II. Das Stundenhonorar	1106
III. Das Pauschalhonorar	1107
IV. Mischformen	1107
C. Formvorschriften	1107
D. Grenzen der Honorarvereinbarung	1108
I. Sittenwidrigkeit	1108
II. Angemessenheit	1108
E. Schlussbemerkung	1109
F. Muster einer Vergütungsvereinbarung	1109
 Sachverzeichnis	 1111